S 8 U 244/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	2
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 8 U 244/00
Datum	17.01.2002

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 U 104/02
Datum	28.05.2003

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 17. Januar 2002 wird zurückgewiesen.
II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die am 1956 geborene Klägerin zog sich nach ihren Angaben am 24.07.1996 während ihrer Tätigkeit als Raumpflegerin beim Kehren einer Treppe eine Verletzung an der zweiten Zehe rechts und am Vorfuß zu.

Beim Durchgangsarzt, dem Chirurgen Dr.P. , gab sie am gleichen Tag an, sie sei beim Treppenputzen gestürzt und habe die zweite Zehe rechts angeschlagen. Sie klagte über Druckschmerz über dem Grundglied. Die Beweglichkeit war frei. Dr.P. diagnostizierte eine Kontusion der zweiten Zehe. Bei den Nachuntersuchungen am 29.07.1996 und 05.08.1996 klagte die Klägerin noch über erhebliche Schmerzen. Bei der Röntgenkontrolle zeigte sich ein Zustand nach Infraktion an der Grundgliedbasis der Zehe. Am 12.08.1996 war äußerlich kein pathologischer Befund mehr sichtbar oder tastbar. Prof.Dr.F. vom Chirurgischen Klinikum P. fand

bei der Untersuchung am 08.08.1996 den Zeh vÃ¶llig unauffÃ¶llig. Allerdings gab die KlÃ¶gerin einen geringgradigen Druckschmerz an. Die Beweglichkeit war frei. Durchblutung und SensibilitÃ¶t waren intakt. Auch am 19. und 26.08.1996 klagte die KlÃ¶gerin gegenÃ¼ber Dr.P. Ã¼ber anhaltende Schmerzen; er erklÃ¶rte, die Behandlung sei am 26.08.1996 abgeschlossen und die KlÃ¶gerin arbeitsfÃ¶hig. Zeichen einer EntzÃ¼ndung oder Schwellung seien nicht zu sehen. Prof. Dr.F. konnte am 29.08.1996 auf der RÃ¶ntgenaufnahme keine Fraktur feststellen. Am 04.10.1996 gab die KlÃ¶gerin weiterhin Belastungsschmerzen im Bereich des Grundgelenkes der Zehe an. Dr.P. konnte Ã¶uÃ¶erlich keinerlei Verletzungszeichen feststellen und riet der KlÃ¶gerin, die ruhigstellenden VerbÃ¶nde nicht mehr anzulegen. Eine weitere Behandlung sei nicht erforderlich. Am 27.12.1996 klagte die KlÃ¶gerin weiterhin Ã¼ber stÃ¶ndige Schmerzen am Mittel- und VorfuÃ¶, ebenso am 13.01.1997. Ein MRT vom 17.01.1997 zeigte keinen Hinweis fÃ¼r eine SehnenscheidenentzÃ¼ndung, eine Weichteilschwellung oder fÃ¼r eine ossÃ¶re LÃ¶sion im Bereich der Tarsalknochen. Es fiel jedoch eine Zyste auf sowie ein geringer Erguss im oberen Sprunggelenk.

In einer gutachtlichen Stellungnahme fÃ¼r die H. Unfallversicherung erklÃ¶rte Prof.Dr.F. , die GebrauchsfÃ¶higkeit des rechten FuÃ¶es sei um 1/20 gemindert. Daraus ergebe sich eine Herabsetzung der ArbeitsfÃ¶higkeit um 0 %.

Im Gutachten vom 03.02.2000 fÃ¼hrte der OrthopÃ¶de Dr.M. aus, es lieÃ¶en sich keine die angegebenen Beschwerden begrÃ¼ndenden VerÃ¶nderungen am rechten FuÃ¶ finden, dessen Funktion vÃ¶llig frei sei. Auch habe sich keine VerschmÃ¶chtigung der Muskulatur des Beins als Zeichen einer Schonung gezeigt. Ebenso fÃ¶nden sich keine neurologischen AuffÃ¶lligkeiten. Ob ein geringfÃ¶giger Anbruch oder nur eine Prellung der Zehe vorgelegen habe, sei in sofern unbeachtlich, als jedenfalls nach hÃ¶chstens einer Woche keine BehandlungsbedÃ¶rftigkeit mehr gegeben gewesen sei. ArbeitsunfÃ¶higkeit habe hÃ¶chstens zwei Wochen bestanden. Jetzt liege die MdE unter 10 v.H.

Der Beklagte erkannte mit Bescheid vom 27.03.2000 den Unfall vom 24.07.1996 als Arbeitsunfall an, lehnte aber die GewÃ¶hrung einer Rente ab, da die ErwerbsfÃ¶higkeit Ã¼ber die 13. Woche nach dem Arbeitsunfall hinaus nicht um wenigstens 20 v.H. gemindert sei.

Den Widerspruch der KlÃ¶gerin vom 19.04.2000 wies der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 28.07.2000 zurÃ¼ck.

Die KlÃ¶gerin hat mit der Klage vom 28.08.2000 geltend gemacht, sie leide weiterhin unter erheblichen Beschwerden und hat auf ein Gutachten der Ã¶rztin fÃ¼r Sozialmedizin Dr.T. vom 03.11.2000 verwiesen, das im Auftrag des Sozialgerichts Landshut im Rentenversicherungsrechtsstreit erstellt worden war. Darin ist ausgefÃ¶hrt, die KlÃ¶gerin gebe Druckempfindlichkeit zwischen dem ersten und zweiten Strahl des rechten FuÃ¶es an, sowohl fuÃ¶rÃ¶cken- als auch fuÃ¶sohlenseitig. Es bestehe weder RÃ¶tung noch Schwellung, die Zehen seien frei beweglich. Beschwerden kÃ¶nnten durch die FuÃ¶fehlform hervorgerufen sein, was mit entsprechenden Einlagen ausgleichbar sei.

Beigezogen ist ein Bericht des Orthopäden Dr.K. vom 09.10.2001 mit den Diagnosen: Cervicobrachialgie rechts, initiale Coxarthrose beiderseits, Impingementsyndrom rechte Schulter, AC-Gelenkarthrose rechts, initiale obere Sprunggelenksarthrose links, Achillodynie links, außerdem ein Befundbericht des Allgemeinarztes Dr.F. vom 15.10.2001, der über unklare, langanhaltende Vorfußschmerzen nach Trauma im Juli 1996 berichtet hat.

Der vom SG zum Ärztlichen Sachverständigen ernannte Arzt für Chirurgie und Sozialmedizin Dr.M. hat im Gutachten vom 13.12.2001 ausgeführt, an der zweiten Zehe rechts sei keine Formabweichung festzustellen. Auch die passive Beweglichkeit sei unauffällig. Subjektiv bestünden ab Mittelgelenk nach proximal ziehende Schmerzen, ferner werde eine Überempfindlichkeit angegeben. Im übrigen seien Sensibilität und Motorik ohne Befund. Objektiv ließe sich keine Ursache für die angegebenen Beschwerden feststellen. Die Fußsohlenbeschwellung sei seitengleich etwa mittelgradig ausgebildet. Es bestehe eine leichte Spreizfußkomponente. Funktionell sei keine Beeinträchtigung gegeben. Es bestehe eine deutliche Diskrepanz zwischen einer Bagatellverletzung mit völlig normalem Lokalbefund und grotesken Selbstbehandlungen, die zur Schädigung der Haut geführt hätten. Bei dem Unfall sei es zu einer Kontusion der zweiten Zehe rechts gekommen, die erfahrungsgemäß innerhalb weniger Wochen folgenlos ausheile. Unfallbedingte Arbeitsunfähigkeit habe bis 11.08.1996 bestanden.

Mit Urteil vom 17.01.2002 hat das SG die Klage abgewiesen. Im Hinblick auf die Gutachten von Dr.M. und Dr.M. sei davon auszugehen, dass die Klägerin eine über eine Prellung hinausgehende Verletzung im Bereich der rechten Zehe bei dem Unfall nicht erlitten habe. Bereits am Unfalltag habe radiologisch eine knöchernerne Verletzung ausgeschlossen werden können. Dagegen hätten bereits leichte degenerative Veränderungen am Zehenendglied bestanden. Insgesamt zeige ein Vergleich der objektiven Befunde mit den subjektiven Angaben eine deutliche Diskrepanz.

Die Klägerin machte mit der Berufung vom 27.03.2002 die Gewährung von Verletztengeld und einer Rente nach einer MdE von 100 v.H. geltend. Sie könne wegen der Unfallfolgen nicht mehr arbeiten. Die Ärzte hätten sie falsch behandelt. Sie übersandte ein Schreiben des Unfallchirurgen O. vom 16.04.2002 über eine Untersuchung vom 02.04.2002 mit den Diagnosen: Anhaltende Beschwerden nach Prellung rechter Vorfuß, Metatarsalgie II rechts bei geringer Senk- Spreizfußkomponente. Die Verordnung einer Schuheinlage könnte eine Verbesserung der Beschwerden und des Gangbildes erreichen.

Die Klägerin stellt den Antrag, das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 17.01.2002 aufzuheben und den Beklagten in Abänderung des Bescheides vom 27.03.2000 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28.07. 2000 zu verurteilen, ihr die gesetzlichen Leistungen zu gewähren.

Der Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird auf den wesentlichen Inhalt der beigezogenen Akten der Beklagten sowie der Klage- und Berufungsakten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulässig, sachlich aber nicht begründet.

Von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe wird abgesehen, da die Berufung aus den Gründen der angefochtenen Entscheidung als unbegründet zurückgewiesen wird ([Â§ 153 Abs.2 SGG](#)).

Ergänzend wird noch darauf hingewiesen, dass die Berufung bezüglich der Gewährung des Verletztengeldes schon unzulässig ist, da der angefochtene Bescheid nur die Frage der Rentengewährung zum Gegenstand hatte und die Klägerin im Klageverfahren nur die Gewährung einer Rente beantragt hat.

Die Kostenentscheidung richtet sich nach [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für die Zulassung der Revision gemäß [Â§ 160 Abs.2 Nrn.1 und 2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 04.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024